



# M i l l a h a d e r

# Tagblatt

## Enztalbote Wildbader Zeitung Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.75 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 20 bei der Oberamtspostkasse Heubühlweg 74 Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank Säge- & Co., Wildbad; Postbank Girokonto: Enzthalbank Säge- & Co., Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Blatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Kleinanzeigen 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anstufung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigennahme täglich 8 Uhr vormittags. — In Kontursachen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Rücksichtnahme weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sch., Wilhelmstraße 24, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

Nummer 50      Nummer 478      Montag den 2. März 1931      Nummer 478      66. Jahrgang.

### Generalvollmacht für das gesamte Zollgebiet

Wohl selten hat eine Regierung von ihrem Parlament — bei einer Diktatur ist es etwas ganz anderes — ein solches Ermächtigungsgesetz gefordert, wie es vor ein paar Tagen geschehen und in der kommenden Woche vom Reichstag verabschiedet werden soll. Diese Vollmacht ist ein Teil der vielumstrittenen Schiele'schen „Agrarvorlage“, die von dem sog. „Dsthilfe-Gesetz“ wohl zu unterscheiden ist.

Sie soll zwar in erster Linie der Landwirtschaft zugute kommen. Aber keineswegs ihr allein. Daher die Begründung: Der Reichsregierung — also nicht dem Ernährungsminister — soll die „Möglichkeit“ gegeben werden, „sich allen möglichen Entwicklungen auf dem Weltmarkt in denkbar größter Schnelligkeit anpassen zu können, wobei es selbstverständlich ist, daß bei so außergewöhnlichen Vollmachten die Einzelinteressen mit den Gesamtinteressen sorgfältig ausgewogen werden müssen“.

Die Generalvollmacht ist etwas Außergewöhnliches. Sie bedeutet, daß die Auseinandersetzungen über die Gestaltung der Handelspolitik in den praktischen Einzelfragen dem Reichstag entzogen und weiter im Schoß des Kabinetts ausgetragen werden sollen. Dadurch wird allerdings vermieden, daß handelspolitische Verhandlungen durch eine verfrüht öffentliche Erörterung erschwert werden. Andererseits jedoch ist der Reichstag für ein großes Gebiet ausgeschaltet. Er legt eines seiner wichtigsten Rechte in die Hände der Regierung.

Minister Schiele hat in seiner Reichstagsrede am Mittwoch betont, daß es der Landwirtschaft nicht gut gehen könne, wenn es der übrigen Wirtschaft erschwert werde, die jetzigen Notzeiten zu überwinden. Aber die Landwirtschaft hat dennoch starke Bedenken gegen einen solchen Wechsel auf die Zukunft: man habe leither schlechte und sehr schlechte Erfahrungen mit solchen Versprechungen gemacht.

### Die Ermächtigungsentwürfe im Reichsrat

Der Reichsernährungsminister hat am Freitag in einer vertraulichen Sitzung des Reichsrates seine Gesetzentwürfe über die für das Kabinett geforderte Ermächtigung zur Erhöhung der Zollsätze und über das Agrarprogramm eingebracht. Er hat um Abkürzung der Beratungsfrist gebeten, weil beide Gesetze noch in der jetzigen Tagung des Reichstages zur Verabschiedung kommen sollen. Das Ermächtigungsgesetz soll der Regierung nicht nur ein Recht zur Erhöhung der Agrar- und Industriezölle geben, sondern sie befähigen, von Fall zu Fall während der ganzen Dauer der Ermächtigung wieder zu verändern. Es wird also das System der gleitenden Zölle gewissermaßen auf sämtliche Positionen des Zolltariffs ausgedehnt. Auf dem Weg der Ermächtigung soll bekanntlich auch der deutsch-polnische Handelsvertrag, der vom Reichstag noch nicht genehmigt ist, auf diese Weise in Kraft gesetzt werden.

Die Ermächtigung wird voraussichtlich mit dem Beginn des neuen Rechnungsjahres in Kraft treten und für die Dauer dieses Jahres gelten.

### In den Armen liegen sich beide

Die französisch-italienische Verständigung gesichert

Rom, 1. März. In den Berichten zu den Flottenverhandlungen betont die römische Presse den guten Willen der englischen und der italienischen Unterhändler. Die Aufgabe sei, eine Formel zu finden, die Italien den Beitritt zum Londoner Abkommen vom 22. April 1930 ermöglicht. Dieses Abkommen erstreckt sich aber nur bis zum 31. Dezember 1936. Die Erörterung könne sich nur auf die Höhe der Tonnagezahl der Neubauten beziehen, sonst läme man überhaupt nicht mehr zum Schluß. Italien verzichtet also auf die Gleichheit der italienischen und der französischen Gesamtflotte und verlangt nur noch die Gleichheit auf dem Gebiet der Neubauten ohne Festlegung der einzelnen Schiffstypen und nicht über den 1. Dezember 1936 hinaus. Italien fordert aber, daß die Neubauten im Sinne der Abkürzung möglichst nieder angesehen werden.

Nach Pariser Blättern ist das Abkommen in Rom nach einer langen Unterredung Hendersons mit Mussolini bereits abgeschlossen worden. Aus dem Inhalt wird mitgeteilt, daß der Bau von Tauchbooten, der auf der Londoner Flottenkonferenz für Italien auf 35 000 Tonnen festgesetzt worden war, nunmehr auf 52 000 Tonnen erhöht worden sei, wie Amerika, England und Japan ihn haben. Frankreich habe in die Herabsetzung des französischen Tauchbootbestandes von 99 000 auf 81 000 Tonnen eingewilligt.

Der König empfing heute vormittag den britischen Staatssekretär des Meeres Henderson und den englischen Admiral Alexander in Privataudienz, die eine Viertelstunde dauerte.

### Stegerwald über die amtliche Lohnpolitik

Berlin, 1. März. Bei der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums im Hauptausschuß des Reichstages führte Reichsarbeitsminister Stegerwald u. a. aus: Ein Allheilmittel zur Behebung der Krise gebe es nicht. Das beste sei, durch Ordnung der öffentlichen Finanzen die Grundlage für eine langfristige Kreditpolitik zu schaffen. Bis dahin könne man aber nicht die Arbeitslosen ihrem Schicksal überlassen. Habe man langfristige Gelder, so könne mit einem großen Besserungsprogramm begonnen werden. Das neunte Schuljahr sei nicht geeignet, besser sei der freiwillige Arbeitsdienst. Subventionen an die Industrie, wie sie Finanzminister Dietrich will, seien auch kein geeignetes Heilmittel. Die Reichsbahn könne durch Bauten viel zur Behebung der Gesamtwirtschaft tun. Auch von der Arbeitszeitkürzung dürfe man sich nicht viel versprechen. Die Arbeitsstreckung käme allerdings in Frage, wenn alle anderen Mittel versagen.

Ueber die amtliche deutsche Lohnpolitik herrsche noch immer Verwirrung. Wenn laufende Tarifverträge ohne Zustimmung beider Vertragsparteien nicht sollten geändert werden können, dann wäre man in Zeiten der Not gefahren. Es gebe auch nicht an, wie die Arbeitnehmer wollen, daß bei Erneuerung von Lohnverträgen die Arbeitszeit geändert werde, wenn die Arbeitszeit in einem besonderen Mantelvertrag geregelt ist und die Mantelverträge noch laufen. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß zuerst die Gehaltshöhen gesenkt werden müssen, ehe man zu der Einführung einer verkürzten Normalarbeitszeit greift. Es sei unmöglich, nur die Beamtengehälter zu senken und gleichzeitig die hohen Löhne der Rohstoff- und Binnenmarktindustrien weiter bestehen zu lassen. Bis zum 1. April werden 80 v. H. aller Tarife erneuert sein. Nach dem 1. April werde es Sache der Regierung sein, ob noch auf eines der letzten Mittel, wie die gesetzliche Arbeitszeitkürzung zurückgegriffen werden solle. Die kürzlich geforderte, wenigstens vorläufige Außerkräftsetzung des staatlichen Schlichtungswesens habe er (Stegerwald) abgelehnt.

Eine Reihe der jetzt vorhandenen Schwierigkeiten sei zweifellos darauf zurückzuführen, daß man die Regelung der Akkordlöhne nicht gründlich durchgearbeitet habe, so daß die tatsächlichen Verdienste vielfach hoch über dem Tariflohnniveau liegen. Was die Lohnhöhe anlangt, so seien die Löhne in den skandinavischen Ländern, in Finnland, Holland und in der Schweiz meist höher, in allen andern europäischen Ländern durchweg niedriger als in Deutschland. Die Lohnhöhe sei aber kein ausreichender Maßstab für die internationale Wettbewerbsfähigkeit, es komme auch darauf an, was für die Löhne geleistet werde.

Von den Sozialversicherungen stehen nur die Angestelltenversicherung und die gewerbliche Unfallversicherung auf einer sicheren wirtschaftlichen Grundlage. Bei der Krankenversicherung ist der durchschnittliche Beitrag um 1 v. H. des Lohns zurückgegangen. Die Arbeitslosenversicherung wird gegenwärtig in Verbindung mit der Arbeitslosenfrage geprüft. Die Invalidenversicherung wie überhaupt jede Dauerrentenversicherung befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen Lage. Rückgang der Geburtenhäufigkeit, Minderung der jugendlichen Risiken und zumal das Durchschnittsalter sind die Ursachen. Wir werden ankast ein Volk von Jugendkraft ein Volk von alten Leuten werden. Das ist für die Invalidenversicherung von entscheidender Bedeutung. Zusammenfassend möchte ich sagen: Ueber die Beseitigung von Inflationsercheinungen und Unausgeglichenheiten im staatlichen Schlichtungs- und Sozialversicherungswesen lasse ich mit mir reden; am Kern dieser Einrichtungen dagegen lasse ich für meinen Teil nicht rütteln.

### Dehlinger über die Reichspolitik

Rede auf der Länderkonferenz

Berlin, 1. März.

Auf der diesjährigen deutschen Länderkonferenz, die in den Räumen des preussischen Landtags in Berlin stattfindet, äußerte sich am Freitag der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger über die Finanzlage. Im neuen Reich sei eine anhaltende Fortentwicklung der Finanzen in der Richtung des Einheitsstaats festzustellen mit der Tendenz, auf dem Weg der Herrschaft über die gesamten Finanzquellen die Staatshoheit der Länder zu vermindern. Diese Tendenz sei bei drei Faktoren im Reich vorhanden: bei dem Reichstag, der Reichsregierung und der Reichsbürokratie. Der Reichstag stimmere sich um die Lage und die Bedürfnisse der Länder so gut wie gar nicht. Das gehe aus seinem Verhalten gegenüber den Beschlüssen und Einsprüchen des Reichsrats zur Genüge hervor. Auch die Reichsregierung biete infolge ihrer starken Abhängigkeit vom Reichstag keine genügende Stütze für die Länder und schließlich sei es die Reichsbürokratie, bei der immer wieder unitaristische Tendenzen zu erkennen seien. Die Auswirkung dieses Verhaltens des Reiches zu den Ländern zeige sich in einer Reihe von Tatsachen, vor allem darin, daß die Sanierung der Reichsfinanzen jedesmal mit auf Kosten der Länder gehe, daß ihnen Mittel entzogen

werden, auf die sie angewiesen seien. Auch veranlasse das Reich Neuausgaben und Mehrausgaben, die sich auf die Länderhaushalte auswirkten. Im Reich hat sich eine umfangreiche Vormundwirtschaft entwickelt für alle möglichen Zwecke und Aufgaben, deren Erfüllung ausschließlich den Ländern zufiele. Das Reich nehme ferner keine Rücksicht darauf, daß die Länder nicht unbeschränkt ihre Ausgaben droffeln können. Am übelsten seien die Länder bei den Steuern daran, wo ihre Haushalte wiederholt durch Beschlässe des Reichs erschüttert worden seien. Durch das Verhalten des Reichs bestche für die Länder die große Gefahr, daß sie mit in die Finanzkatastrophe des Reichs hineingerissen werden und daß blühende Teile des Reichs, die sich bisher noch gesund erhalten haben, allmählich ausgelugt werden und verarmen.

Der Finanzminister legte dann die fortschreitende und weiter geplante „Verreichlichung“ und ihre finanzielle Auswirkung auf die Länder dar. Jede weitere Ausdehnung der Reichsverwaltung bedeute vermehrte Kosten. Verreichlichung heiße Verteuerung. Infolge der Verreichlichung seien die Länder und Gemeinden in der Beamtenpolitik vom Reich abhängig geworden. Die Verreichlichung führe weiter zu einer Auszugung und Entblutung der Wirtschaft der Länder, Preußen ausgenommen. Ihre Steuerkraft gehe damit zurück. Noch mehr als bisher seien durch die Verreichlichung von Steuerwirtschaft, Bahn und Post und Arbeitslosenversicherung Riesensummen von öffentlichen Geldern nach Berlin abgewandert und sei damit das Bank- und Kreditwesen weichen noch mehr als bisher von Berlin abhängig geworden. Das führe zu einer ungleichmäßigen Kreditversorgung der Wirtschaftsgebiete und Wirtschaftszweige, sowie zu einer ungleichmäßigen Verteilung der Reichsaufträge auf die einzelnen Länder. Mühsen die Länder und Wirtschaftskörper für den Aufwand selbst aufkommen, so würden sie sparsamer und strenger sein in der Handhabung der Vorschriften.

Ueber die Finanzlage des Reichs äußerte sich der Minister: Die Katastrophe des Reichs sei, abgesehen von der Tributpolitik, auf zwei Gruppen von Fehlern, auf finanzpolitische und volkswirtschaftliche zurückzuführen. Die Hauptursache einer soliden Finanzpolitik seien noch vor Schliehens Abgang verlassen worden. Die volkswirtschaftlichen Fehler gipfeln in den Bestrebungen, die Folgen des verlorenen Kriegs und der Inflation von der Masse des Volks fernzubehalten, ohne Rücksicht darauf, ob es unsere deutsche Volkswirtschaft überhaupt tragen könne. Bestimmend waren die Tendenzen der Strafe, der Gewerkschaften und der Beamtenschaft. Diese finanzpolitisch und volkswirtschaftlich verkehrte Reichspolitik hat zu kurzfristigen Anleihen geführt, die uns vom Geldgeber abhängig machten und zur Folge hatten, daß dem Reich dadurch auch in der Kriegsschuld- und Kriegstrübsalfrage die Hände gebunden seien. Sie haben fernerhin eine Ueberspannung der Steuerlasten zur Folge und damit in Auswirkung eine Verarmung der deutschen Wirtschaft.

Der Redner ging dann über zu den Problemen, die infolge der Verreichlichung bei den Kämpfen um einen gerechten Finanzausgleich zu lösen seien. Durch die finanzielle Abhängigkeit vom Reich und dessen Verhalten wurde es den Ländern außerordentlich erswert, die Ordnung der Finanzverhältnisse aufrecht zu erhalten. Die Selbständigkeit in der Finanzpolitik sei außerordentlich eingengt. Bei den Einnahmen seien auch die Länder am Ende ihrer Steuerkraft angelangt. Es bleibe ihnen somit kein anderer Ausweg mehr übrig, als die Ausgaben so lange zu droffeln, bis sie Ausgaben und Einnahmen ausgleichen. Eine der besten Sparquellen für die Länder sei ein zweijähriger Staatshaushaltsplan. Wenn einzelne Länder in schwerer Finanznot seien, so seien sie daran zum Teil selbst schuld, weil sie die Grundlage einer gesunden Finanzwirtschaft ebenso verlassen haben wie das Reich.

Zu der Finanzlage in den Gemeinden erklärte der Minister, sowohl die Reichsbürokratie wie der Deutsche Städtetag erstreben die Herstellung einer unmittelbaren Beziehung zwischen Reich und Gemeinden unter Ausschaltung der Länder. In verschiedenen Ländern sei der innere Lastenausgleich zu Ungunsten des Staats und der Landgemeinden und damit auch zu Ungunsten der Landwirtschaft geregelt.

Bei der Frage, wie man aus der Katastrophe herauströme, komme man mit finanzpolitischen Mitteln nicht durch. Man müsse das Problem volkswirtschaftlich angehen und hier auf der ganzen Linie einsehen. Er könne sich nicht denken, daß man bei dem jetzigen Zustand, unter dem Youngtribut und bei der großen Verarmung unserer Volkswirtschaft erklären könne, die Finanzen seien sehr völlig bereinigt, derart, daß man sofort an die Lösung der Kriegstrübsalfrage gehen könne. Ohne Aufstellung der auspolitischen Fragen seien unsere Finanzen überhaupt nicht mehr zu ordnen. Eine der wichtigsten Aufgaben sei die Erhaltung der Leistungsfähigkeit und Lebenskraft der deutschen Länder. Nicht nur wirtschaftliche Werte werden vernichtet, noch viel mehr kulturelle Werte, wenn die Länder notleiden. Die Vielgestaltigkeit des deutschen Volkslebens und der gesunde Heimatssinn, die in den Ländern zu Hause seien, seien für das Reich wertvolle Güter. Die Länder bilden ein Bollwerk gegen den Geist der Schablottierung und Schematisierung, der von Berlin ausgehe. Vom Gedröhn der Länder sei

auch der Bestand des Reichs abhängig. Die öffentliche und die private Wirtschaft sei ineinander verflochten. Die Wohlfahrt des Volkes leide, wenn die öffentlichen Finanzen erschüttert sind. Die Ordnung der Finanzen müsse deshalb das erste Ziel einer gesunden Politik des Reichs und der Länder sein.

## Neue Nachrichten

### Freitagsh-Voringhoven an Schiele

Berlin, 1. März. In seiner Reichstagsrede am Mittwoch hatte Reichsernährungsminister Schiele gesagt, die Deutschnationalen hätten sich durch ihr Ausschneiden aus der Regierung wegen des Locarno-Vertrags (1925) selbst der Möglichkeit beraubt, die gegen landwirtschaftliche Interessen verstoßenden Handelsverträge rechtzeitig anders zu gestalten.

Nun richtet der deutschnationale Reichstagsabgeordnete v. Freitagsh-Voringhoven einen Offenen Brief an Schiele: Wenn Vorwürfe auf Grund der Vorkommnisse jener Zeit zu erheben seien, so müsse Schiele sie gegen sich selbst richten, der damals als Reichsernährungsminister politischer Vertrauensmann der deutschnationalen Volkspartei im Reichsministerium war. Am 16. Oktober 1925 habe Schiele ein Essen gegeben, zu dem er den englischen Botschaftsrat Addison, den Grafen Bestarp, Professor Hoersch und die deutschnationalen Reichsminister geladen hatte. Ueber den Zweck dieses Essens schreibt der damalige britische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, im dritten Band seiner „Erinnerungen“ (Seite 234 der deutschen Ausgabe), daß Reichsminister Schiele die genannten deutschnationalen Minister und Parlamentarier durch den Engländer Addison habe für den Locarno-Vertrag gewinnen lassen wollen. Er (d'Abernon) habe, obgleich er an dem Essen nicht teilnahm, gleichfalls in diesem Sinn gewirkt.

Das Essen, fährt Freitagsh-Voringhoven fort, sei der Fraktion verschwiegen worden. Er habe Schiele schon unterm 5. Oktober 1930 aufgefordert, sich über den Fall d'Abernon zu äußern, und er wiederhole jetzt diese Aufforderung.

Das Reichsministerium hat am Samstag, den 1. März, Freitagsh-Voringhovens behandelt. Minister Schiele wird nun eine ausführliche Darstellung seiner Haltung zur Locarnopolitik veröffentlichen.

### Die Fachvorbildung der höheren Beamten

Berlin, 1. März. Unter Hinweis auf eine Reichsgerichtsentcheidung, wonach der Staat schadenersatzpflichtig ist, wenn ein Minister mangels genügender Vorbildung in schuldhafter Weise in Privatrechte eingegriffen hat, wurde das preussische Staatsministerium von einigen deutschnationalen Landtagsabgeordneten gefragt, ob es bereit ist, „um aus der Reichsgerichtsentscheidung sich ergebende Forderungen zu vermeiden, bei der Belegung von Minister- und Beamtenstellen auch die Vorbildung in Betracht zu ziehen und auf Sach- und Fachkenntnisse Wert zu legen“. Die Anfrage wurde vom preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun mit „Ja“ beantwortet.

### Ermattungsstatut?

Berlin, 1. März. Zwischen den Beauftragten der evangelischen Kirchen und den Vertretern der preussischen Staatsregierung ist in diesen Tagen erneut über den Kirchenvertrag auf der Grundlage der letzten Vermittlungsversuche des Staats verhandelt worden. Eine entscheidende Annäherung der Auffassungen ist noch nicht erzielt worden, wenn man auch auf beiden Seiten zweifellos bemüht ist, den Verhandlungsweg weiter offenzuhalten. Eine Erklärung dafür, was eigentlich im letzten Grunde den Abschluß der Verhandlungen immer wieder verzögert, läßt sich aber sehr wohl den Äußerungen von Persönlichkeiten entnehmen, die, ohne mit der Verhandlungsführung betraut zu sein, der preussischen Staatsregierung nicht allzu fernstehen. Aus Kreisen der Regierung verlautet, daß sich auf staatlicher Seite die Ueberzeugung von der dringenden Notwendigkeit einer baldigen Einigung zwischen Kirche und Staat allmählich stärker durchsetzt, als es bisher der Fall gewesen ist. Man glaubt aber offenbar, daß die Kirche, wenn man nur noch etwas warte, schließlich, weiterer Verhandlungen müde, dem letzten Vermittlungsversuch des Staats beitreten würde. Diese Ermattungsstatut bringt die Gefahr mit sich, daß man den Willen der Kirche und ihre vielfache klare Meinungsäußerung unterschätzt und auch die im kirchlichen Lager immerhin vorhandene Bewegung gegen jeden Vertragsabschluß aus dem Auge verliert. Man hofft anscheinend auf staatlicher Seite bei dieser Ermattungsstatut, die letzten Zugeständnisse, zu denen man sich schließlich verstehen würde, im Schreibisch behalten zu können.

## Die Mutter

Roman von Lola Stein.

30. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Und es ist unmöglich, daß du zu ihm zurückkehrst?“ forschte Ellen.

„Unmöglich,“ erwiderte Ruth leidenschaftlich. „Ich bin ein Waldvogel, feiner, der in einem Käfig gedeihen kann. Ich habe in meinen beiden Ehen nicht ausgehalten, obgleich mir beide Männer gefielen. Aber ich muß frei sein, tun und lassen, kommen und gehen können, wann es mir beliebt. Und das wollte mein Mann mir nicht erlauben. Und ich kann auch nicht auf die Kunst verzichten, auf den Beifall, die Sensationen, die Erregungen des Spiels. Das alles ist mir Lebensbedürfnis. Und er will das nicht verstehen.“

„Aber du hast keinen Grund für eine Scheidung, Ruth, wenn dein Mann sie nicht will,“ meinte Udo.

„Ich bin ihm davongelaufen und lehre nicht zurück. Er kann mich nicht zwingen. Ob es Gründe für eine Scheidung gibt, will ich mit einem tüchtigen Anwalt besprechen.“

„Es ist furchtbar,“ sagte Ellen. „Wohin man auch kommt, überall hört man von Scheidungen. Auch ein Zeichen unserer traurigen Zeit. Die Menschen gehen zusammen und wieder auseinander, leichtsinnig, gedankenlos, trozig. Die meisten, die sich wieder trennen, haben sich vorher eben nicht geprüft, nicht bedacht, was eine Ehe bedeutet.“

„Sie bedeutet mehr, als man sich meistens klar macht,“ sagte die Schauspielerin. „Gerade in unseren, in Künstlerkreisen, heiraten die jungen Leute oft in rasender Verliebtheit, ohne daran zu denken, daß sie überhaupt nicht für die

## Senkung der Hauszinssteuer in Preußen

Berlin, 1. März. Die Besprechungen der Regierungsparteien im preussischen Landtag über einen Ausgleich für die Mehrbelastung des Hausbesitzes durch den am 1. Januar 1932 eintretenden erhöhten Zinsendienst für die Aufwertungshypotheken haben zu folgender Einigung geführt: Die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer, die sich in einem Rahmen von 1200 bis 375 v. H. bewegen, sollen eine entsprechende Herabsetzung erfahren. Die allgemeine Hauszinssteuer senkung von 3 v. H. soll in diese Regelung hineingearbeitet werden. Die Neuregelung soll am 1. April in Kraft treten und nur für ein Haushaltsjahr gelten.

### Braun gegen Mussolini?

Berlin, 1. März. Nach einer halbamtlichen Mitteilung der preussischen Regierung sollte Ministerpräsident Braun am 2. März zusammen mit einem italienischen Flüchtling in einer Versammlung der soz. Parteifunktionäre sprechen, und zwar, wie in der Mitteilung gesagt ist, in seiner Eigenschaft als preussischer Landtagsabgeordneter. Wie verlautet, hat nun aber das Auswärtige Amt gegen die Absicht Brauns ernste Vorstellungen erhoben.

### Verhaftung von Geistlichen in Südtirol

Bozen, 1. März. In Bozen wurde der Pater Adalrich Arnold, Konventuale des Benediktinerstiftes Ories bei Bozen, ein reichsdeutscher Staatsbürger aus Baden, noch einer bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung verhaftet. Einige Tage darauf wurde auch der Aleriker Joseph Rottenfischer, Theologe am Priesterseminar in Bozen, festgenommen. Er wurde in das Gefängnis überführt, weil er angeblich mit Pater Adalrich in Briefwechsel stand. In Garbain bei Klausen, wo Joseph Rottenfischer mehrere Jahre vor seinem Eintritt in das Priesterseminar als Lehrer tätig war, wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Der Grund der Verhaftungen ist unbekannt.

### Hoover auch vom Senat überstimmt

Washington, 1. März. Das von Hoover gegen das Gesetz über die höhere Beilehung der Kriegsveteranen-Versicherungspolizen eingelegte Veto ist auch vom Senat mit 76 gegen 17 Stimmen abgelehnt worden. Damit ist das Gesetz nunmehr in Kraft getreten.

### Zwei Niederlagen Mac Donalds

London, 1. März. Der Parlamentsausschuß des Unterhauses hat mit 25 gegen 22 Stimmen einen von der Regierung bekämpften Antrag angenommen, der die gegenseitige Preisunterbietung bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch verschiedene Bezirke verbietet. Weiter wurde mit 37 gegen 31 Stimmen ein Zusatzantrag zur Gewerkschaftsvorlage der Regierung angenommen, der einen Generalstreik als gesetzlich erklärt und alle Streiks und Aussperrungen unter Strafe stellt, durch die das Leben und die Sicherheit der Volksgemeinschaft bedroht wird (Verkehr, Versorgung mit Wasser, Licht, Brennstoffen usw.). Dadurch ist das Gewerkschaftsgesetz im Hauptpunkt durchlöchert. Konservative und Liberale stimmten in beiden Fällen zusammen.

### Schubert bei Henderson

Rom, 1. März. Ueber einen Besuch, den der deutsche Botschafter v. Schubert bei dem englischen Außenminister Henderson in Rom machte, will der Pariser „New York Herald“ wissen, Schubert habe Henderson darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland von einer französisch-englisch-italienischen Verständigung eine Beeinträchtigung seiner Stellung befürchte, die eine Vereinsamung Deutschlands auf der kommenden Abrüstungskonferenz zur Folge haben könnte.

### Die deutsch-französische „Verständigung“

Paris, 1. März. „Echo de Paris“ hat eine Beitragsammlung veranstaltet zur Herstellung von Kriegsfilmen. Der Film hat deutsche, italienische und russische Filmstreifen benutzt und soll die Bedrohung Frankreichs durch Deutschland beweisen. Auch der Stahlhelmtag von Koblenz ist in den Film aufgenommen. Der Film wird zunächst in der Provinz, dann in Paris vorgeführt.

## Württembergischer Landtag

### Waldfragen

Stuttgart, 28. Februar.

In der gestrigen Sitzung beantwortete noch Wirtschaftsminister Dr. Waier die Große Anfrage der Abgg. Scheef, Dr. Ströbel, Bock und Hartmann über die Lage der Waldwirtschaft. Der Minister führte u. a. aus:

Württemberg ist eines der waldbreichsten Länder. 30 v. H. des Bodens sind Wald. Der größte Teil davon ist im staatlichen Besitz. Wenn der Einnahmeausfall aus dem württ. Wald noch weiter zurückgeht, kommt der Staat in eine prekäre Lage. Es sind heute Preisrückgänge in Holz bis zu 50 v. H. zu verzeichnen. Die Hauptfrage der Waldbesitzer ist aber nicht der gegenwärtige Preisstand, sondern daß ein weiterer Preisrückgang eintritt. Die Nachfrage nach Holz wird wegen des zurückgefallenen Wohnungsbaus wesentlich kleiner werden. Deutschland war immer ein Holzeinfuhrland.

Die russische Einfuhr ist erst 1926 wieder eingetreten. Sie betrug im Jahr 1930 2,3 Millionen Festmeter gegen 500 000 Fm. i. J. 1926. Die russische Einfuhr nach Deutschland war keine zusätzliche, sie ging auf Kosten Polens. Das russische Holz wird sehr billig angeboten und bringt unsere Holzpreise ins Sinken. Die württ. Regierung hat diese Entwicklung schon im eigenen Interesse verfolgt. Mit Nachdruck setzen wir uns für Verwendung einheimischen Holzes bei öffentlichen Bauten ein. Die Darlehensnehmer der Wohnungskreditanstalt sollen ebenfalls verpflichtet werden, nur deutsches Holz zu verwenden. Unverständlich ist es, daß die Reichsrundfunkgesellschaft glaubte, den Großhändler in Mühlacker mit keinem anderen als mit amerikanischem Holz bauen zu können. Wir wollten eingreifen, kamen aber zu spät, da der Lieferungsvertrag schon abgeschlossen war.

Wie für den Wald müsse Württemberg für seine hochentwickelte Möbelindustrie und Holzwerkzeugindustrie, die ein Stolz des Landes sind, eintreten. Es entspricht der Interesselage der württ. Gesamtwirtschaft wie der Staatsfinanzen, wenn im Rahmen des von der Reichsregierung in Ausarbeitung befindlichen Konsumprogramms für die deutsche Wirtschaft ein erhöhter Zollschutz für das Holz für die gegenwärtige Notzeit stattfinden. Die Holzfrage ist die fäddende Roggenfrage. Es wäre sehr erwünscht, wenn unsere norddeutschen Bettern sich dafür, daß wir ihren Roggen verzehren, revanchieren, indem sie vorzugsweise unser Holz verbrauchen. Große Bedenken bestehen gegen Holzeinfuhrscheine. Einfuhrscheine wirken anders bei Produktionsmitteln und anders bei Konsumgütern. Sie wirken als Exportprämien, verbilligen das Holz im Ausland, verbessern die Konkurrenzfähigkeit der ausländischen Holzwarenindustrie und bringen dadurch eine wichtige Abnehmerin der deutschen Waldwirtschaft in Gefahr; also direkte Verstärkung der Absatznot des deutschen Holzes. Forderungen auf eisenbahntariflichem Gebiet unterstützen wir. Nach kurzer Aussprache wurde die Behandlung der Großen Anfrage geschlossen.

Nächste Sitzung nach Ostern, Anfang April.

## Württemberg

### Württ. Beamtenbund und Bauernbund

Stuttgart, 1. März. Zu der Einigung des württ. Beamtenbunds auf die Kundgebung der Landesvertreterversammlung des württ. Bauernbunds schreibt die „Schwäbische Tageszeitung“: Wir wissen wohl, daß jedes Wort der Kritik am Beamtentum sofort als „Hefe“ bezeichnet wird. Dies ist uns aber nur ein Beweis dafür, daß berechtigte Ansätze vorhanden sind. Das nichtbeamtete Volk versteht es nicht, warum wir heute überall mehr Beamte haben als vor dem Krieg. Der Bauernbund mag es nur das offene zu sagen, was von der großen Mehrheit im stillen gebuddelt und geflötet wird. Die Einkommen unserer Beamten müssen in ein richtiges Verhältnis geleitet werden zu den Einkommensverhältnissen der übrigen Volkskreise. Die Kundgebung des Bauernbunds sagt nicht, daß die Besoldungen vom Jahr 1927 übermäßig hoch seien, sondern nur, daß sie zu hoch und mit den Vorrückungsfristen, dem Wohnungsgeld und den Kinderzulagen einfach auf die Dauer so nicht tragbar sind. Wir verlangen, daß den Gemeinden ihre volle Selbständigkeit in der Festsetzung der Gehälter ihrer Beamten zurückgegeben wird. Gemeinden, die im Jahr 1913 8000 Mark an Besoldungen aufbringen mußten, müssen heute 24 000 Mark aufbringen, da ja auch die Pensionslasten stark gestiegen sind. Wir wollen mit allen Berufsständen im Frieden zusammenleben, aber dies ist nur möglich auf dem Boden der Gleichberechtigung und wenn sich auch der Beamtenbund und seine Anhänger darüber klar werden, daß in der heutigen schweren Zeit mit allen untragbaren Lasten aufgeräumt werden muß und wir allesamt wieder zu einer einfachen, genügsamen und bescheidenen Lebenshaltung zurückkehren.

Verpachtung landwirtschaftlicher Grundstücke. Die Kleine Anfrage des Abg. Köberle betr. Verpachtung landwirtschaftlicher Grundstücke durch die Forstverwaltung hat das Finanzministerium wie folgt beantwortet: Die Staatsforstverwaltung hat entsprechend dem Beschluß des Landtags zum

Ehe taugen. Ich behaupte, daß kein Künstler, kein Schaffender und kein reproduzierender Künstler sich für die Ehe eignet. Daß wir Egoisten sind und sein müssen, wenn wir etwas Wirkliches leisten wollen. Daß man uns nicht fesseln und nicht ketten kann. Nicht mit den Rosenketten der Liebe und nicht mit den goldenen des Lugs.“

Es war einen Augenblick still nach ihren Worten. Dann sagte Udo, und seine Augen suchten Ushis Blick:

„Du darfst nicht so verallgemeinern, Ruth. Es gibt wundervolle, harmonische Künstlerehen.“

Ushi hielt die Augen beharrlich zu Boden gefenkt. Ihr war das Gespräch schrecklich, es tat ihr weh. Ruth Carini aber lachte spöttisch auf.

„Zeige sie mir, Udo! Zeige mir eine Ehe in unseren Kreisen, die, sagen wir, fünf oder sechs Jahre besteht — denn zuerst ist beinahe jede Liebesheirat glücklich — und noch so ist, wie du sie eben schildertest.“

„Das kann ich,“ erklärte er lebhaft und nannte ein paar Namen bekannter Bühnenkünstler. Aber die Carini lachte wieder.

Von der einen Ehe wußte sie, daß der Mann die Frau betrog, bei dem anderen Paar hatte die Frau einen Freund. Sie kannte von allen den intimsten Klatsch, jedes Skandälchen, ließ an keinem Menschen ein gutes Haar.

„Du bist zerknirschend, Ruth,“ rief Udo endlich ärgerlich.

„Aber doch auch anregend, befruchtend, Udolein! Wenigstens hast du mir dies in den letzten Wochen oft gesagt.“

„Du kannst es sein, wenn du willst, Ruth. Denn du bist ein genialer Mensch. Aber der tiefste Zug deines Wesens ist doch destruktiv.“

„Mag sein.“ Sie zuckte die Achseln. „Viele Frauen sind destruktiv. Die wenigsten sind so wie Schah.“

Sie streichelte Ellen die feine Hand. Von Ushi sprach sie nicht. Die kleine Frau kam wohl überhaupt nicht für sie in Betracht.

Zum erstenmal empfand Udo es. Er ärgerte sich.

Ruth Carini erhob sich und warf ihre glimmende Zigarette fort. „Wozu wollen wir weiter theoretisieren, Kinder. Laßt uns zur Praxis übergehen. Wir ist ein Anwalt empfohlen worden, der fabelhaft sein soll. Aber ich fürchte mich vor diesem Besuch. Ich bin sonst nicht feige, aber allein mag ich nicht gehen. Tu mir die Liebe, Udo, und begleite mich.“

Ushi fuhr auf. Mit einem wehen Blick voller Furcht, voller Liebe sah sie auf ihren Mann. Die Frauen sahen den Blick. Ruth Carini lächelte kalt und hohnvoll.

„Ich weiß, daß du heute nachmittag Zeit hast, nicht in den „Meteor“ gehst. Also tu mir den Freundschaftsdienst und komme mit mir, Udo,“ bat sie noch einmal mit ihrer weichen Stimme.

Er zögerte noch. Er wäre gern daheim geblieben, aber er mochte der Freundin den Wunsch nicht versagen. Da sagte Ellen, die ein plötzliches weiches Mittel mit ihrer Schwiegertochter empfand, aus der großen Güte ihres Herzens heraus, die immer wieder, auch Ushi gegenüber, durchbrach:

„Ich werde mit dir gehen, Ruth. Laß den Jungen nur zu Hause bleiben. Er sieht so abgespannt aus und soll heute abend doch frisch sein. Ich finde ja auch, du solltest dir diese Unterredung lieber für einen anderen Tag lassen.“

(Fortsetzung folgt).

planten 89 des Ordentlichen Dienstes für 1926/27 schon in zahlreichen Fällen aus Billigkeitsgründen, da, wo eine besondere Härte vorlag, den Pächtern nachgeholfen worden. Sie hat überdies in Einzelfällen, wo dies aus besonderen Gründen angezeigt erschien, die Pächter, die bei den allgemein üblichen öffentlichen Verpachtungen besonders hoch gefeuert hatten, ganz aus dem Pachtverhältnis entlassen. Die Staatsforstverwaltung wird auch fernerhin entsprechend dem bereits erwähnten Beschluß des Landtags etwa weiter einkommende Ermäßigungsgefuche behandeln. Ein allgemeiner Nachlaß von Pachtzinsen ist schon aus finanziellen Gründen nicht möglich, aber auch nicht angezeigt, da im Durchschnitt die erzielten Pächterlöse durchaus angemessen sind.

**Reichsausschuss für Krebsbekämpfung.** In einer nach Berlin einberufenen Versammlung wurde unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Daman im Reichsministerium des Innern der Reichsausschuss für Krebsbekämpfung gegründet. Er legt sich zur Aufgabe, organisatorische Maßnahmen für die Bekämpfung des Krebses als Volkskrankheit anzulegen und zu fördern. Im besonderen erstrebt er die Zusammenfassung und den Erfahrungsaustausch der im Deutschen Reich vorhandenen Organisationen für die Bekämpfung des Krebses.

**Die Sicherheit für Dr. Wolf.** Das Gericht hat die von dem verhafteten Dr. Wolf zu stellende Sicherheit von 25 000 auf 10 000 Mark herabgesetzt. Der Haftbefehl gegen Frau Dr. Jacobowik bleibt in vollem Umfang aufrecht, da bei ihr nicht nur Fluchtgefahr, sondern auch die Gefahr der Verabredung mit den betreffenden Frauen und Mädchen vorliegt.

Wie man nachträglich erfährt, ist Dr. Wolf gegen eine Sicherheit von 10 000 Mark, die von anderer Seite aufgebracht wurde, am Samstag aus der Haft entlassen worden. In den Fall Wolf-Jacobowik sollen etwa 300 Frauen und Mädchen verwickelt sein.

Die „Schwäbische Tagwacht“ hatte auf Grund einer umlaufenden Mitteilung, Kirchenpräsident D. Wurm habe bei der kommunistischen Kundgebung eine kurze Erklärung abgegeben — was selbstverständlich unklar ist — behauptet, der Kirchenpräsident werde in den Stuttgarter Rechtszeitungen zu den Behauptungen der kommunistischen Redner Stellung nehmen. Der Schw. Tagw. erklärt nun, ihr Gewährsmann sei einem Irrtum oder einer bewußten Täuschung zum Opfer gefallen. Der Kirchenpräsident befindet sich überhaupt nicht in jener Versammlung.

**Für zwei Glas Bier einen Meineid und sechs Monate Gefängnis.** Gegen die Gegenleistung von zwei Glas Bier erklärte sich der 23 J. a. ledige Chauffeur W. Sch. von Heumaden bereit, zugunsten eines Bekannten in einer Gerichtsverhandlung unter seinem Eid zu behaupten, daß er nichts davon wisse, daß sein Bekannter, der 23 J. a. ledige Kraftwagenführer R. K. von Heumaden einen Hilfsarbeiter verprügelt hätte. Er erreichte dadurch den Freispruch des wegen Körperverletzung angeklagten Kraftwagenführers. Wegen Meineids standen beide vor dem Schwurgericht Stuttgart, wo der Kraftwagenführer zu der Zuchthausstrafe von 1 Jahr 3 Monaten sowie drei Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, während Sch. unter Zubilligung des Milderungsparagrafen mit 6 Monaten Gefängnis davonkam.

**Stuttgart, 1. März.** Haushaltplan der Stadt Stuttgart. Der Abschluß des Haushaltplans der Stadt Stuttgart gleich für Einnahmen und Ausgaben mit 141 940 000 RM. aus. An Zuschüssen sind erforderlich in der allgemeinen Verwaltung 5 662 700, für die Polizei 3 352 500, für den Tiefbau 6 305 400, für Erziehung und Bildung 8 757 500, darunter ein Beitrag an das Würt. Landtheater in Höhe von 664 000 RM., für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege 16 059 800, darunter für das Wohlfahrtsamt 9 275 600, für das Fürsorgeamt 2 767 300, für Selbstübungen und Sport 1 698 300, für Wohnungsfürsorge 679 700, für das Wohnungsamt 228 500, ferner für Betriebe und Unternehmungen 1 639 500, für die Finanzverwaltung 14 309 500 RM. Von den Ueberschüssen sind folgende hervorzuhoben: Gaswerk 552 300, Elektrizitätswert 753 200, Zuführungen von einzelnen Verwaltungen und Betriebszweigen 21 469 900, Steuern 33 187 200, Restverwaltung 100 000 RM.

**75 Jahre.** General der Infanterie a. D. Franz Frhr. von Soden begeht am 9. März den 75. Geburtstag.

**Zum Neubau der Technischen Hochschule** hat die Stadt Stuttgart der Regierung den Südkirchhof von Degerloch vorgeschlagen. Die Stadt würde die erforderlichen Verkehrsverbindungen schaffen und einen Baubeitrag bis zu 1,2 Millionen Mark übernehmen.

**Der Fall Jacobowik.** Nach Blättermeldungen soll nach der Behandlung durch Frau Dr. Jacobowik eine 21jährige Kunstgewerbetlerin gestorben sein.

### Aus dem Lande

**Heilbronn, 1. März.** Verkehrstrübsung. Der Personenverkehr auf der Straßenbahn hat im vergangenen Jahr einen Rückgang um 830 698 Personen gleich 10,22 v. H. erfahren. Im gleichen Verhältnis mit einem Betrag von 77 801,18 RM. sind auch die Einnahmen aus den Fahrgebern zurückgegangen. Die Einnahmen aus den Fahrgebern auf den Rechnungskilometer (1 Motowagenkilometer gleich 1 Rechnungskilometer) sind von 70,04 Pfg. auf 67,53 Pfg. zurückgegangen, dagegen die Reibetriebsausgaben von 61,4 Pfg. auf 58,47 Pfg. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einen Ueberschuß von 45 682,72 RM. Er soll zu Abschreibungen verwendet werden.

**Welzheim, 1. März.** Betrüger. In einem hiesigen Laden kaufte ein Mann eine Kleinigkeit, legte zur Zahlung einen Zehnmarktschein vor und benutzte die Ablenkung des Verkäufers dazu, den Geldschein mit dem Wechselgeld an sich zu bringen und eiligt aus dem Laden und in ein bereitliegendes Auto zu fliehen, um zu entkommen.

**Elwangen, 28. Febr.** Ueberschwemmung. Infolge des in letzter Nacht niedergegangenen Regens und der eingetretenen Schneeschmelze ist die Jagst weit über die Ufer getreten und hat das Tal weithin überschwemmt. Auch war dadurch vorübergehend der Verkehr nach einigen benachbarten Ortschaften unterbrochen und konnten die Bewohner und Fahrzeuge dieser Gegenden nur auf Umwegen (Höhenwegen) hierher gelangen.

**Bad Mergentheim, 1. März.** Die erste Schneepje. Bei Schirnbach wurde am Sonntag die erste Schneepje geschossen.

**Onstmettingen u. Balingen, 1. März.** Schulhausneubau. Der Gemeinderat Onstmettingen hat in seiner letzten Sitzung den Schulhausneubau beschlossen. Er ist

auf 180 000 Mark veranschlagt. Das Kirchhülshaus wird weiterhin beibehalten.

**Ulm, 1. März.** Das Kirchenopfer am Karfreitag. Am kommenden Karfreitag ist das Kirchenopfer in den evangelischen Kirchen des Landes vor allem für die Kirchengemeinde Klingenstein, Def. Blaubeuren, bestimmt, die, als Diaspora- und Arbeitergemeinde vor den Toren von Ulm gelegen, seit ihrer Begründung im Jahre 1904 ihre Seelenzahl von 450 auf 1000 gesteigert hat. Sie mußte sich bisher für ihre Gottesdienste mit einem Schulsaal begnügen, der bei stürkster Ueberfüllung 150 Personen fassen konnte. Seit dem Jahr 1924 ist der Kirchbau durch Gründung und Vermehrung eines Baufonds, durch regelmäßige Sammlungen in der Gemeinde und durch Beiträge von Industriellen, sowie durch Schenkung eines Bauplatzes gefördert worden, daß aus Anlaß des Stuttgarter Gustav-Adolf-Festes im letzten Herbst die Grundsteinlegung erfolgen konnte.

**Schwurgericht.** Der Kaufmann Hugo Schweitzer von Göppingen hatte sich vor dem Schwurgericht wegen Meineids zu verantworten. Die Verhandlung, zu der fünf Zeugen und ein Sachverständiger geladen waren, endete mit Freisprechung.

**Chingen a. D., 28. Febr.** Anerkennung einer wackeren Tat. Dem Fabrikarbeiter Alois Buch in Chingen wurde für seine wackere Beihilfe bei der Errettung eines Menschen vom Tode des Ertrinkens vom Oberamt der Dank und die Anerkennung des Innenministeriums ausgesprochen.

**Waldsee, 1. März.** Todesfall. Hier starb nach längerer Krankheit im Alter von 71 Jahren Witwer Oberamtsgeometer a. D. Adalbert Fischer. Annähernd 30 Jahre versah er sein Amt, war ein tüchtiger Fachmann und durfte sich großen Ansehens erfreuen.

**Ravensburg, 1. März.** Großes Schadenfeuer. In der Nacht zum Samstag gegen 10 Uhr brach in dem Wohn- und Dekonomiegebäude des Landwirts Anton Martin in Aßenweiler Feuer aus. Der Besitzer, seine Frau und seine Tochter, die bereits schliefen, wurden durch die Inzassen eines gerade vorüberkommenden Wangener Autos geweckt, so daß sie es nur einem Zufall zu verdanken haben, daß sie mit ihrem Leben davonkamen. Das Gebäude brannte im Verlauf einer Stunde bis auf die Grundmauern nieder. Verbrannt ist u. a. auch der gesamte größere Viehbestand. Da das abgebrannte Gebäude ein Holzwerkhaus war, und nicht mehr in die Versicherung aufgenommen wurde, so erwächst dem Besitzer ein großer Schaden.

### Lokales.

**Wildbad, den 2. März 1931.**

**Gewaltiger Schneefall.** Während am Freitag und Samstag fast ununterbrochener warmer Regen mit dem Schnee im Tal so ziemlich aufgeräumt hatte, setzte in der Nacht auf Sonntag nach vorangegangenen Sturm gewaltiger Schneefall ein, der in der Sonntagsfrühe das Führen des Bahnschlittens notwendig machte. Es hatte also den Anschein, als ob der Wettergott es mit den Winterportlern noch einmal gut meinen wollte, umso mehr, als der Winterportverein zum Abschluß der Wintersaison am Sonntag noch Sprungläufe auf der Schanze angesagt hatte. Der neue Schneefall kam also den Teilnehmern sehr zu statten und konnten die Konkurrenzren glatt ausgetragen werden. Dem Wertungsgericht stellten sich 10 Teilnehmer, von denen wir nachstehend die Preisträger veröffentlichen: Offene Klasse: 1. Adolf Krumm (beste Tagesleistung mit 17,17,5 Meter gestandenen Sprüngen) Becher der Stadtgemeinde und Becher gest. von Apotheker Stephan; 2. Hermann Kugler, Platte; 3. Karl Batt (weitest gestandener Sprung 18,5 Meter). Herrenklasse 1: 1. Wilhelm Braun, Baiersbrunn (22, 24, 26 Meter sämtl. gestürzt) Becher gest. vom Winterportverein. Jungmannen-Klasse: 1. Robert Bött (Becher gest. vom Winterportverein). Wir gratulieren!

**Vom Schützenverein.** Beim gestrigen Uebungsschießen errang Karl Hammer, der sich gestern erstmals am Schießen beteiligte, die von Schützenmeister R. Treiber gestiftete Ehrentscheibe. Dem neuen Schützen ein „Gut Schuß“ und herzlichen Glückwunsch!

**Ein eigenes Adreßbuch für Wildbad.** Da Wildbad als Badeort von Weltgeltung ein eigenes Adreßbuch, das seiner Eigenart in jeder Weise gerecht wird, im Interesse der Wildbad besuchenden Fremden nicht entbehren kann und in Anbetracht der Tatsache, daß die Stadt Wildbad entgegen ihrer Bedeutung als Kur- und Badeort im Bezirksadreßbuch allzu stiefmütterlich behandelt worden ist, wurde im Einverständnis mit Herrn Bürgermeister Baegner beschlossen, ein eigenes Adreßbuch herauszubringen. Das Buch soll außer Wildbad auch noch das wirtschaftlich zugehörige Calmbach enthalten. Der innere Aufbau, der überaus reichhaltiges und wertvolles Material umfaßt, dürfte allen Anforderungen, die an ein derartiges Buch gestellt werden können, gerecht werden. Die Akquisition hat bereits begonnen und glauben wir, daß die Geschäftswelt ein reges Interesse an dem Zustandekommen eines derartigen Buches nehmen wird. (Auf das im Anzeigenteil enthaltene Inserat wird besonders hingewiesen).

**Bezirksversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Bezirk Neuenbürg.** Der Bezirksvorsitzende, Kamerad Seyfried (Calmbach), eröffnete die von Delegierten der einzelnen Ortsgruppen zahlreich besuchte Versammlung; auch die Wildbader Ortsgruppe war in ansehnlicher Stärke vertreten; besonders begrüßte er die Kameraden Oswald und Wagner, die von Seiten der Kreisleitung bzw. Gaulleitung erschienen waren. In einer am Sonntag morgen stattgefundenen Vorstandskonferenz war folgende Tagesordnung aufgestellt: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahlen, 4. Anträge, 5. Erklärungen zum Film „Ruf der Kriegsopfer“, 6. Verschiedenes; die Tagesordnung wurde von der Versammlung genehmigt. Nach Verlesung des Protokolls, gegen das keine Einwendungen erhoben wurde, gab der Vorsitzende seinen Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß im verflochtenen Geschäftsjahr vier Vorstandskonferenzen und zwei Bezirksversammlungen stattfanden; die Posteingänge und -Ausgänge im Interesse der Mitglieder waren wieder eine recht große. — Der Kassenbericht ergab ein Einnahmen mit dem Vortrag vom Jahr 1929 427,48 Mark, an Ausgaben 231,78 Mark, so daß ein Kassenbestand von 195,70 Mark verblieb. Die Revisoren berichteten, daß die Kasse sich in tadelloser Ordnung befindet, sämtliche Belege sind vorhanden und wurde daraufhin dem Kassier Entlastung erteilt. — Bei Punkt Neuwahlen empfahl Kamerad Oswald in humorvoller Weise die Wiederwahl des bisherigen Ausschusses, der in der vorjährigen

Generalversammlung eine glückliche Zusammenkunft erfahren habe. Kamerad Wagner übernahm die Bahlleitung und wurde dann auch der bisherige Ausschuß per Affimation wiedergewählt. Zwei Anträge, wonach gestellte Anträge schriftlich niederzulegen sind und acht Tage vor der Generalversammlung im Besitz des Bezirksvorstandes sein müssen und den Bezirksbeitrag von 4 auf 3 Pfennig pro Monat und Mitglied zu ermäßigen, wurden angenommen bzw. an die Kreisverwaltung weitergeleitet. — Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden die Räumlichkeiten der Bezirksfürsorgestelle Neuenbürg kritisiert, weil kein Wartezimmer vorhanden ist; es wird Antrag an die Gaulleitung und an die Hauptfürsorge gestellt werden, daß diese Mißstände beseitigt werden. Einige längere Erörterungen gab sodann Kamerad Oswald über die Notverordnung und im Anschluß über verschiedene Sozialgesetze. Weiter wurde folgende aus der Mitte der Versammlung gestellte Resolution einstimmig von der Versammlung gutgeheißen: „In der langen Zeit des Bestehens des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen haben wir einen steten Kampf um die Versorgung der Opfer des unmenschlichen Krieges geführt, er hat uns manchen Sieg, aber auch Enttäuschungen gebracht. Auch die heutige Gen.-Vers. hatte in ihrem Programm neben vielem anderen Stellung zu nehmen zu den Punkten, die uns Kriegsopfer in gegenwärtiger Zeit besonders beunruhigen. Wir meinen damit die Stimmungsmache für den Krieg von gewissenlosen, irreführenden Personen! Im Gegenzug und zum Protest bekennen wir Reichsbündler einmütig, gegen jeden Gedanken und gegen jedes Wort, das für blutige Gewalt eintritt, entschiedene Stellung zu nehmen. Es ist unser Ziel, die Kultur ohne Gewaltanwendung zu üben und damit auch dem 5. Gebot den wirklichen Inhalt zu geben. Auf Grund unserer Erlebnisse steht uns als wirkliche Frontkämpfer unzweifelhaft das Recht zu, ja es ist unsere heiligste Pflicht, immer und überall für die friedliche Entwicklung der Völker einzutreten. Allen andersdenkenden Personen, haben wir die Parole, die in unseren Herzen steht, zurufen: Nie wieder Krieg! Die im Reichsbund vereinigten Kriegsopfer haben furchtbares erlitten an seelischen und körperlichen Qualen und heute noch, ja bis uns der Tod abrauft, werden wir eine große Leidensgenossenschaft bleiben. Aus diesem Grunde sind wir auch zu einer Kampfgemeinschaft geworden; wir haben vor allen anderen Volksgenossen ein Recht, beachtet und erhört zu werden, denn wir haben unser Leben taubendmal eingesezt zur Erhaltung des Vaterlandes. Wir fordern für uns und unsere Hinterbliebenen eine bessere Versorgung; der Staat ist uns zu einer solchen verpflichtet. Wir können es bei dieser Gelegenheit aber auch nicht unterlassen, daß es, trotz der immer wieder tobenden Kämpfe im Reichstag um das R. B. G., dank dem zähen und zielbewußten Bemühen unserer Vertreter dafelbst gelungen ist, die Parteien, die unsere Not erkennen, auf den Plan zu rufen und für uns einzustehen. An uns liegt es aber vor Allem einzusehen, daß jedes Mitglied unseres großen Bundes ein Stein im großen Gebäude unserer Organisation ist. Sorgen wir in unserem eigenen Interesse dafür, daß der Bau größer werde, so groß, daß die ganze Menschheit auf uns blickt und erkennt, daß unsere Sache von den höchsten Idealen durchdrungen ist und daß wir dazu berufen sind, die geequälte Menschheit von dem immer wieder auftauchenden Schredgespenst „Krieg“ zu befreien! Unseren Funktionären, angefangen bei der kleinsten Ortsgruppe bis hinauf zum Reichstag, und den Ausschüssen, sei unser Dank für ihre vielen kameradschaftlichen Opfer dargebracht. Wir schließen mit unserem Gelöbnis „Nie wieder Krieg!“ Nachdem noch eine Anfrage durch Kamerad Wagner in befriedigender Weise erledigt wurde, konnte der Vorsitzende mit Dank für das Wohlgefallen der Versammlung die Tagung schließen. — Anschließend fand im Gasthaus zur alten Linde die Vorführung des Films „Ruf der Kriegsopfer“ statt. Der Film zeigte so recht, daß der Reichsbund nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch als Befürworter des „Nie wieder Krieg“ auf seinem Posten steht.“

**Verbot des stückweisen Verkaufs von Zigaretten.** Gegenüber irrtümlichen Gerüchten gibt das Reichsfinanzministerium bekannt, daß der stückweise Verkauf von Zigaretten vom 1. März an verboten ist. Zigaretten dürfen im Kleinverkauf nur noch in Schachteln zu 9 Stück abgegeben werden. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Französische Ruhrmedaille.** In Frankreich wurde für die „Veteranen von Rhein und Ruhr“ eine Tapferkeitsmedaille geprägt, die allen den zivilen und militärischen Helden verliehen wird, die mindestens ein Vierteljahr an Rhein und Ruhr für die Ausbreitung der französischen Zivilisation gekämpft haben. Die Vorderseite zeigt einen weiblichen Kopf, die „Marianne“, mit der phrygischen Mütze, umgeben von Olivenzweigen, als Sinnbild des „friedlichen und siegreichen Frankreich“. Die Rückseite zeigt den Rhein mit der Feste Ehrenbreitstein. Die Medaille wird an einem blauen Band mit weißen und roten Streifen getragen.

**Beachtenswerte Erfolge des deutschen Frühgemüsebaues.** Man schreibt uns: Die ersten Treibhousgurken sind auf den süddeutschen Gemüsegroßmärkten eingetroffen. Sie stammen größtenteils aus dem Aaricher Wiesmoor, das zur Zeit einen lebhaften Verkauf nach Frankreich, Belgien und Holland bezw. England hat. Die Wiesmoorer Gurken ernte hat etwa 14 Tage früher eingelegt als die holländische. Der derzeitige Preis dieser deutschen Gurken ist zur Zeit billiger als der übliche Preis der Auslandsgurken zu dieser Jahreszeit.

**Rekrutenprüfung in der Schweiz.** In früheren Jahren bestand in der Schweiz die Einrichtung, daß alle Junglinge, die das 19. Altersjahr erreichten, ob zum Heeresdienst tauglich oder nicht, einer mündlichen Prüfung in Geschichte, Geographie und Rechnen unterzogen wurden. Das Ergebnis wurde im Militärdienstbüchlein (Militärpaß) eingetragen. Mit dem Aufkommen des Sports wurden die Prüfungen auch auf die körperliche Leistungsfähigkeit ausgedehnt. Mit der Zeit kamen die Prüfungen wieder in Wegfall, namentlich seit dem Krieg. In letzter Zeit wurde nun beschlossen, sie wieder einzuführen, und zwar zunächst zur Erprobung der körperlichen Tüchtigkeit.

**Eine Siedlung zwangsversteigert.** Die Siedlungsbüchse des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten in Wupperal (Barmen-Elberfeld) hatte mit Darlehen der Städtischen Sparkasse und mit städtischer Hilfe eine Siedlung von 14 Häusern gebaut. Bei der zu diesem Zweck gegründeten Bruggenossenschaft des Reichsbundes haben sich aber arge Unregelmäßigkeiten entwickelt. Allein an Zinsen und Jahresrückzahlung ist die Genossenschaft über 40 000 Mark schuldig geblieben. Der Sparkasse wird nun nichts anderes

übrig bleiben, als die Siedlung im Zwangswege versteigern zu lassen, um sich und die Stadt wenigstens vor dem größten Schaden zu bewahren.

**Ueberfall auf einen Bankkassenboten.** Ein Kassenbote in Berlin, der am Samstag vormittag von der Reichsbank 10 000 Mark aufgehoben hatte, wurde im Flur des Bankhauses, in dem er beschäftigt ist, plötzlich von drei Männern überfallen. Einer der Täter schlug ihm mit einer mit Pappen umwickelten Eisenhantel über den Kopf, der zweite bedrohte ihn mit einer Pistole, und der dritte entriß ihm die Aktentasche mit dem Geld. Die Räuber flüchteten in einer Autodrochse, die auf sie wartete.

**Wieder ein Raubmord im Eisenbahnzug.** Zum zweiten Mal in kurzer Zeit wurde im Nachtschnellzug Ostende—Köln ein Raubmord begangen. Als der Zug am Freitag morgens drei Uhr in Herbesthal einlief, entdeckten Beamte in einem Abteil zweiter Klasse Blutspuren und unter einer Bank einen ganz neuen Hammer, der noch die Verkaufsmarkte trug. Sofort wurden alle Stationen verständigt, und um sechs Uhr fand man bei der belgischen Station Barenne vor Wütlich die Leiche eines jungen Mannes mit eingeschlagenem Schädel und einem abgefahrenen Bein. In einer Westentasche befanden sich eine Besuchskarte mit dem Namen Viktor Schwarz, Handelsvertreter in Budapest, sowie ein internationales Fahrchein, Papiere, Geld oder Wertgegenstände wurden nicht gefunden. Der Mörder hat anscheinend unmittelbar nach dem Verbrechen in Wütlich den Zug verlassen.

### Sport

**Ein neues Segelgelände bei Neuporf.** Der Stuttgarter Segelflieger Wolf Hirth, der im vorigen Sommer anschließend an seinen Flug nach Island zu einem kurzen Aufenthalt nach Nordamerika gefahren ist, hat dort in Greenwoodville, 50 Meilen von Neuporf entfernt, ein neues Segelgelände zusammen mit amerikanischen Freunden eingerichtet und das Gelände am 23. Februar mit einem zweistündigen motorlosen Dauerflug, am 24. mit einem 4 1/2 stündigen motorlosen Dauerflug eingeweiht. Hirth wird in den nächsten Wochen nach Europa zurückkehren, um die Leitung einer deutschen Segelfliegerschule zu übernehmen.

### Handel und Verkehr

#### Die Marktlage

Der schon in voriger Woche in Erscheinung getretene Rückgang des Buttergeschäfts hat weiter angehalten, zumal der Verkauf jetzt wieder unter dem Zeichen des Monatsendes stand. Stellenweise begannen sich sogar wieder Lager zu bilden. Während aber in Nord- und Mitteldeutschland die Höchstpreise zum Teil stark rückgängig waren, konnte sich Kempten mit 1,24—1,30 behaupten.

Mit der Fastenzeit ist ein freundlicherer Zug ins Käsegeschäft gekommen, selbst für Limburger. In Kempten brauchte man deshalb Unterangebote nicht mehr anzunehmen. Die Preise sind aber nicht erhöht worden. Kempten notierte unverändert für Weichkäse 22—25 M., für die drei Sorten Emmentaler 95—102, 85—90 und 82—85 M.

Das Eiergeschäft verlief in unverändert ruhiger Haltung schlepplend. Das Ausland, dessen Angebot nicht groß war, zeigte Neigung zu Preisabstufung, was für den Inlandsmarkt nicht ohne Auswirkung war. Die Preise gaben daher vielfach wieder um 1/2 Pf. nach. Nur schnelle Durchführung des Zwangs der Herkunftsbezeichnung für ausländische Eier wird den Druck der osteuropäischen Ware auf dem deutschen Markt etwas mildern können.

Auf dem Rindermarkt waren bei reichlichen Aufträgen abgeschwächte Preise festzustellen. Die Kaufkraft war schwach, vor allem in München. Nicht viel besser war der Verlauf des Schweinehandels, besonders in München, aber auch Stuttgart und Nürnberg war flau. Der Kalberhandel konnte annähernd befriedigen; das Geschäft war knapp behauptet, in München rückläufig. Mit einer wesentlichen Veränderung ist wohl erst gegen das Osterfest hin zu rechnen.

In der süddeutschen Zigarettenindustrie kommen immer mehr Fabriken wieder in Gang, nachdem die großen Betriebe, die sich Handel und Verbraucher vor den Steuer- und Zollgeboten eingelagert hatten, aufgebraucht sind. Der Bayerische Tabakbauverband will einen interessanten Versuch unternehmen und „anerkanntes Mittelgut“ schaffen, das mit der Beerenlese im Weinbau zu vergleichen sei. Der Verband will eine scharfe Kontrolle einführen, um für das Mittelgut aus seinen Vereinen volle Garantie zu übernehmen.

Das Hopfengeschäft am offenen Markt war wieder sehr ruhig. Wochenzufuhr 30 Ballen. Mittelqualitäten wurden etwa 100 Ballen umgelegt, nur die Hopfenvertriebsgesellschaft übernahm vereinzelt Hallertauer- und Spalter-Ausschlag zu 105 bzw. 65 M. Ähnlich notierte Breiße: Hersbrucker Gebirgshopfen prima 35 bis 45, mittel 25—30, gering 20, Hallertauer 30—70, 35—45, 30, Spalter 50—55, 35—45, 25—30, Tettinger 80—85, 65—70, —, Badische 50—55, 40—45, 30—35, Pfälzer 45—50, 35—40, 25—30 Markt der Jir. Preise gedrückt.

Wieslach wird geklagt, daß die zur Stützung des deutschen Hopfens gegründete Hopfenvertriebsgesellschaft verlagert habe. Das ist bis zu einem gewissen Grad richtig; der Grund ist aber der, daß der Vertriebsgesellschaft vom Reich nicht so viel Mittel zur Verfügung gestellt wurden, wie ihr versprochen worden waren. Die Hoffnung wird nun noch auf die Forderung gestellt, die nach einem Abkommen mit Frankreich und Belgien möglich geworden ist und die für die nächste Ernte fruchtig sein wird. Vielleicht wird auch der vom Hopfenbau angestrebte Verwendungszwang von einheimischem Hopfen in Kraft kommen. Vor allem wird aber das Herkunftsgebot sich auswirken, das die Pfälzer im eigenen Interesse verlangt, dem Bau von Qualitäts-hopfen die größte Sorgfalt zuzuwenden.

Berliner Dollarkurs, 28. Febr. 4,2035 G., 4,2115 B.

Dt. Wk.-Knt. 53,60.

Dt. Wk.-Knt. ohne Ausl. 5,37.

Reichsbankdiskont 5, Lombard 6 v. H.

Privatdiskont 4,875 v. H. kurz und lang.

Die Internationale Autoshow in Berlin war bis Freitag abend von über 250 000 Personen besucht.

**Ein schweres Hageljahr.** Die Deutsche Hagelversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit für Gärtner etc. u. m., Berlin, schließt das 84. Geschäftsjahr mit einem Fehlbetrag von 44 002 Reichsmark ab. Einer Gesamteinnahme von 1 321 659 M. stehen 1 365 751 M. gegenüber. Zur Deckung des Fehlbetrags wird die Aktiengesellschaft in Anspruch genommen, die am 1. Januar 1930 mit 528 863 M. ausgemessen war. Der Geschäftserfolg wird seit Jahren durch anormale Witterungsverhältnisse ungünstig beeinflusst, so auch im Berichtsjahr, wo eine andauernde Trockenperiode von einer schweren Unwetterperiode abgelöst wurde. Jede 8. Versicherung wurde vom Schaden betroffen und auf jede Meldung entfielen 530 M. In 1929 im ganzen sind heute 13 218 Betriebe versichert.

**Deutsche Flagge auf der „Bogesen“.** Die Hamburger Reederei Bogemann, die, wie berichtet ihren Dampfer „Vogland“ unter die Flagge Panamas stellte, hat sich entschieden, ihr zweites Schiff „Bogesen“ vorläufig weiter unter deutscher Flagge zu belassen. Die Mannschaft soll auch nicht abgemustert werden; sie kann also unter den bisherigen Bedingungen weiterarbeiten.

Der österreichische Haushalt schließt bei 1216,3 Mill. Schilling Einnahmen und 1233,34 Mill. Schilling Ausgaben mit einem Fehlbetrag von 17 04 Mill. ab. Der Fehlbetrag ist durch die um 51 Mill. Schilling gesteigerten Sozialversicherungsleistungen verursacht.

**Verstärkte Siedlungen.** Auf der Tagung der Preussischen Landwirtschaftskammer wurde von mehreren Rednern dargelegt, daß die von der Regierung unternommenen Siedlungen im Osten versäumt und größtenteils als hoffnungslos zu bezeichnen seien. Eine große Zahl der Siedler habe mittellos ihre Wohnstätten wieder verlassen. Ein Redner aus Hinterpomern schilderte die Lage der Siedler als unerträglich. Ein großer Teil der Schulden sei unternährt, und die Leute bestünden das Reisegeld zu-

### Continental-Schreibmaschine

RM. 200.— und 400.—  
Theodor Krafft, Kanzleistr. 11, Stuttgart, Tel. 22 528

kommen, um wieder wegzukommen. Von den flüchtigen Deutschen, wie sie die Minister zu unternehmen pflegen, ist kein richtiges Bild zu gewinnen. Minister Treuherren gab die Möglichkeit der Schilderungen zu. Es seien früher darin viele Fehler gemacht worden.

**Erhöhung des Jahresfornbrennrechts.** Nach einer Bekanntmachung der Reichsmonopolverwaltung wird für das Betriebsjahr 1930/31 (ab 1. Oktober 1930) das Jahresbrennrecht für Brennereien mit einem regelmäßigen Brennrecht bis zu 300 Hektoliter von 25 auf 35 v. H. und für Brennereien mit einem solchen über 300 Hektoliter von 25 auf 30 v. H. des regelmäßigen, für die Verarbeitung von Korn geltenden Brennrechts erhöht. Das Jahresfornbrennrecht wird den Kornbrennereien für den Branntwein gewährt, der der Kornbrennereiverwaltungsstelle abzuliefern ist. Die über das Jahresfornbrennrecht erzeugten Mengen müssen der Reichsmonopolverwaltung abgefordert werden, soweit sie nicht als trinkfähig von den Brennereien selbst verkauft werden.

**Tarifkündigungen für 600 000 Arbeiter.** Zum Zweck der Lohnlenkung sind in den letzten Tagen Tarife gekündigt worden: vom Reichsfinanzministerium für die Arbeiter der Reichsbetriebe; von der Marineleitung für die Werft Wilhelmshaven und das Arsenal Kiel; vom preussischen Finanzministerium für alle preussischen Verwaltungsarbeiter; von der Mitropa für das gewerbliche Personal und die auf den Berliner Bahnhöfen beschäftigten Leute. Insgesamt kommen rund 600 000 Arbeiter in Betracht.

**Arbeitszeitkürzung in der Zigarettenindustrie.** Wie das Haus Neureburg-Teich mitteilt, wird ab 1. März die ganze Zigarettenindustrie Deutschlands um noch 42 1/2 Stunden in der Woche arbeiten lassen, bei 45 stündiger Bezahlung.

**Die Gehälter im Pforzheimer Großhandel.** Der Pforzheimer Großhandel hat mit den Angestelltenverbänden einen neuen Gehaltstarif abgeschlossen. Darnach erfahren mit Wirkung vom 1. Februar die früheren Gehälter, soweit sie über 120 Mark liegen, eine Kürzung um 5 Prozent.

**Unzufriedenheit der spanischen Eisenbahner.** Eine Versammlung spanischer Eisenbahner in Madrid nahm eine Entschlieung gegen die Regelung der Lohnfrage an und beschloß den Beitritt zur nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner. — Die Eisenbahnen in Spanien sind größtenteils im Besitz von (besonders englischen) Gesellschaften.

**Zahlungseinstellungen.** Maschinenfabrik Wiesbaden. — Bau-firma E. Köhner-Berlin. Verpflichtungen 2,7 Mill. M. — M. K. H. Textilwaren, Dinslaken.

**Stuttgarter Börse, 28. Febr.** Die letzte Börse dieses Monats war recht freundlich. Die ersten Kurse lagen über den gestrigen Notierungen. Im Verlauf weiter anziehend. Schluß fester. Rentenmarkt etwas fester.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

**Berliner Getreidepreise, 28. Febr.** Weizen märk. 28,70 bis 28,90, Roggen 16,30—16,50, Braugerste 20,80—21,60, Futter- und Industrieerste 19,20—20,80, Hafer 14,70—15,30, Weizenmehl 34 bis 40,50, Roggenmehl 0—60prozent 21,40—27,25, Weizenklein 11,50 bis 11,75, Roggenklein 10,20—10,70.

Der durchschnittliche Roggenpreis betrug an der Berliner Börse in der Woche vom 9. bis 14. Februar 15,66 M. ab märkischer Station.

**Magdeburger Zuckerpreise, 28. Febr.** Innerhalb 10 Tagen 26,25, März 26,40, Tendenz ruhig.

**Bremen, 28. Febr.** Baumwolle Middl. Univ. Stand. lots 12,25. Berlin, 28. Febr. Elektrolytkupfer prompt eis Nordseehafen 98,75 M. die 100 Kg.

**Wärf. Edelmetallpreise, 28. Febr.** Feinsilber 39 M., Feingold 2614 M. je Kg., Rein-Platin, Verkaufspreis 4,35 M., Wärf. 96 Proz. mit 4 Proz. Palladium 4,50 M., Platin 96 Proz. mit 4 Proz. Kupfer 4,15 M. je Gramm.

### Wetter

Unter dem Einfluß der nordöstlichen Depression ist für Dienstag mehrfach bedecktes und zu weiteren Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

### Einladung

zur  
**ordentl. Hauptversammlung**  
auf Montag den 23. März 1931, nachmittags 5 Uhr  
in Pforzheim im Saalbau (Nebenzimmer).

#### Tagesordnung:

- 1. Bericht über das Geschäftsjahr 1930.
- 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
- 3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
- 4. Festsetzung der Summe für anzunehmende fremde Gelder und der Höchstgrenze für Kredite.
- 5. Wahl von 3 Aufsichtsratsmitgliedern.
- 6. Wahl von 3 Stellvertretern.
- 7. Etwaige Wünsche und Anträge der Mitglieder.

Die Geschäftsberichte werden nach Fertigstellung an unserer Kasse aufgelegt und können alsdann dort in Empfang genommen werden.

Wir laden unsere Mitglieder zu dieser Hauptversammlung freudlichst ein und bitten um recht zahlreichen Besuch.

Pforzheim, den 24. Februar 1931.

Der Aufsichtsrat  
der Pforzheimer Gewerbebank e. G. m. b. H.  
Julius Gattner, Vorsitzender.

**Bei Wind u. Wetter**  
die hautverjüngende  
**Zudob-Creme**  
— die histologische Haut-Creme —  
35, 50, 75 G. u. 100 G. — die Zubodob-Creme-Beife 70 G. das Glas.  
Inhabers: Erbslitz.

### Zu verkaufen

- aus gutem Hause:
- 1 Gradanzug auf Seide
  - 1 ganz neuer Chantway-Anzug
  - 1 schwarzer Sommerüberzieher alles für größeren Herrn passend; ferner:
  - 1 guterhaltenen Bodenteppich 2,60 auf 3,60 Meter,
  - 1 großer eingerahmter Bismarck 86 cm breit, 108 cm hoch.

Zu erfragen  
Landhaus, Matthilde  
Bad Leinach.

In Wildbad: In der Eberhard-Drogerie R. Blappert.

**Schreibmaschinen**  
nebst Zubehör kaufen Sie billigt bei  
**GESCHW. FLUM**  
Bach- und Papptendlung.

### Passende Konfirmationsgeschenke R. Plannstiel, Wilhelmstr. 23 Gute Lederwaren, Handtaschen etc.

## Adreßbuch für Wildbad nebst Calmbach

Die Akquisition für das Adreßbuch hat im Einvernehmen mit den maßgebenden Stellen begonnen und bitten wir die

**Geschäftswelt von Wildbad u. Umgebung**  
das Unternehmen durch Aufgabe von

### Inseraten

freundlichst zu unterstützen.

- Das Buch wird enthalten:**
- 1. die erforderlichen Hinweise auf die Bedeutung Wildbads mit entsprechenden Abbildungen;
  - 2. die ortspolizeilichen Vorschriften;
  - 3. ein vollständiges Telefonverzeichnis;
  - 4. ein alphabetisches Einwohnerverzeichnis;
  - 5. ein Straßenverzeichnis mit Einwohnerangabe;
  - 6. einen Handels- und Gewerbetarif;
  - 7. die ab 1. März gültigen Postgebühren;
  - 8. Behörden, Verwaltungen, Vereine.

Lassen Sie sich von unserem Vertreter Vorschläge machen.

**Th. Gack, Wildbad**  
Verlag des „Wildbader Tagblatt“.

**Westenddruckerei Stuttgart**  
Die Bevollmächtigten: Friedrich Bunse, Wilh. Saffron.

### Ferien-Unterkunft

für 14-tägigen Schüleraufenthalt gesucht.  
In Betracht kommt leerstehendes Haus, Fabrik, Schule, Wirtschaft usw. Kochgelegenheit soll vorhanden sein. Angebote unter S.T.2433 an Ala-Hasenstein & Vogler, Stuttgart.

Wildbad, den 28. Februar 1931.

### Dankagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlichster Anteilnahme an dem herben Verluste meiner lieben Frau, unserer guten treubeforgten Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante

## Sophie Kapp

geb. Smähle

sagen wir auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Stadtpfarrer für seine trostreichen Worte am Grabe, dem Liedertanz für den erhabenden Gesang, für die liebevollen Trägerdienste der Herren Kollegen der Badverwaltung, sowie auch den Kolleginnen der Badverwaltung für ihren schönen Kranz; ferner den lieben Schwestern für ihre aufopfernde Pflege und allen denen, die sie während ihrem acht Jahre langen Krankenlager erfreuten und erquickten, sowie für die reichen Kranz- und Blumen Spenden und allen denen, welche sie zu ihrer letzten Ruhestätte begleiteten.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
Der Gatte: **Wilhelm Kapp**, Baddiener  
mit Angehörigen.

**Denkt an die hungernden Vögel!**